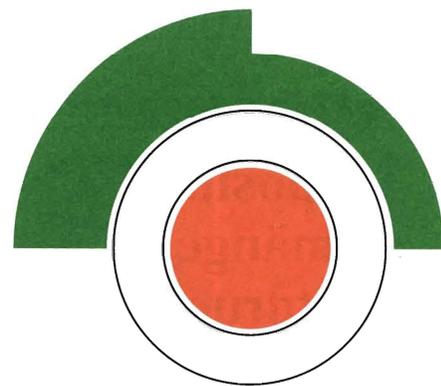


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 12



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 31. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 4.7.2000

Koalition weist CDU-Forderung nach Aussetzung der Öko-Steuer zurück

Der Landtag hat den Antrag der CDU, die nach ihrer Ansicht „unfaire und ungerechte Öko-Steuer“ auszusetzen, mit den Stimmen der Koalition bei Nichtteilnahme der FDP abgelehnt.

Eckhard Uhlenberg (CDU) erhob die Forderung, die unfaire und ungerechte Öko-Steuer auszusetzen. Das wäre auch ein Bruch mit dem alten Clement, der im Bundesrat bisher alle Ökosteuerpläne der Bundesregierung mitgetragen habe. Uhlenberg bezifferte die zusätzliche Belastung durch die Besteuerung von Kraftstoffen, Strom, Gas und Heizöl bis 2003 mit über 100 Milliarden Mark.

Ernst-Martin Walsken (SPD) betonte, die Konzerne hätten den Benzinpreis in den letzten Monaten um 50 bis 60 Pfennig angehoben. Er hätte sich gewünscht, dass von der CDU nur einmal ein Wort gekommen wäre, mit dem sie etwas zur Preistreibe bei der Ölkonzerne gesagt hätte.

Reiner Priggen (GRÜNE) sagte, das Prinzip der Ökosteuer sei auch in der Form richtig, wie es jetzt die Bundesregierung vollziehe, langfristig allen klar zu sagen, um welche

Margen Energie teurer werde und gleichzeitig das Geld für die Reduzierung der Lohnnebenkosten wieder auszugeben.

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) wies darauf hin, die Rentenversicherungsbeiträge seien allein über die erste und zweite Stufe der Öko-Steuerreform von 20,3 auf 19,5 Prozent zurückgeführt worden, was sowohl für die Arbeitgeber- als auch für die Arbeitnehmerseite eine hervorragende Konstruktion sei.

Christian Weisbrich (CDU) meinte, es sei nicht nur gelogen, dass die zusätzliche Belastung der Energieträger der ausschließlichen Geldbeschaffung für die Rentenversicherung diene. Der Denksatz sei darüber hinaus auch gefährlich, weil damit der akute Druck auf die dringend gebotene Reform der Rentenversicherung genommen werde (Drs. 13/22).

Die Woche im Landtag

Naturschutzgebiete

Die Opposition hat einhellig kritisiert, dass bei der Meldung von Naturschutzgebieten zu viel Druck ausgeübt werde. (Seite 2)

Verkehrspolitik

Die CDU hat den Stau auf den Straßen beklagt. Die Koalition befürwortete Verkehrsmix und Verkehrsvernetzung. (Seite 3)

Polizeiausrüstung

Sobald eine leichte schuss- und stichfeste Schutzweste auf dem Markt ist, soll sie für die Polizei angeschafft werden. (Seite 4)

Kabinett

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) hat sein Kabinett bekannt gegeben und zwei neue Minister berufen. (Seite 5)

Grandseigneur

Ein Grandseigneur wird 80: LSB-Präsident Richard Winkels reist weiter zum Wohle des Sports durch die Lande. (Seite 8)

Umnutzung

Die Umnutzung alter Bausubstanz zu Wohnzwecken kommt besonders der Aufwertung der Innenstädte zugute. (Seite 12)

NRW präsentiert sich mit „Capri-Batterie“ von Beuys Kulturelles Profil auf EXPO betont

Mit der Wahl der „Capri-Batterie“ von Josef Beuys für den Post-Show-Bereich des deutschen Pavillons auf der Weltausstellung in Hannover soll das herausragende kulturelle Profil Nordrhein-Westfalens zum Ausdruck gebracht werden.

Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der CDU hervor. Die Opposition hatte in ihrer Anfrage den Preis für das Kunstobjekt mit 700 000 Mark beziffert.

Die Landesregierung weist darauf hin, dass sich im Post-Show-Bereich, in dem vor allem der föderale Charakter und die Vielfalt Deutschlands als zukunftsfähiges Organisationsmodell vorgestellt werden sollen, die 16 Länder durch länderspezifische Unikate präsentierten. Eine Findungsgruppe in NRW habe sich für die „Capri-Batterie“ ausgesprochen. Josef Beuys genieße weltweit hohes Ansehen. NRW präsentiere sich der Welt auf der EXPO 2000 also mit dem Werk eines international renommierten Künstlers. Die Ausgaben für den Ankauf seien nicht nur für die fünfmonatige Laufzeit der EXPO aufgewandt worden. Nach der Weltausstel-

lung werde die „Capri-Batterie“ dauerhaft in der Kunstsammlung NRW ausgestellt. Dort stehe sie dann im Kontext der Vitrinen „Palazzo Regale“ und dem Objekt „Ich glaube“ von Josef Beuys.



Der Libero und seine beiden neuen Sturmspitzen

Zeichnung: Klaus Pielert (WAZ)

Naturschutz

Opposition bemängelt Zeitdruck bei FFH-Meldung

Auf Antrag der FDP-Fraktion stand am 27. Juni die erste aktuelle Stunde des neuen Landtags unter dem Thema „Auswahl und Meldung von FFH- und Vogelschutzgebieten (Tranche 2)“. Die Ansichten der Fraktionen gingen dabei weit auseinander.

Holger Ellerbrock (FDP) wertete die von seiner Fraktion beantragte Aktuelle Stunde als Aufruf an die Landesregierung, „bei der Festlegung der FFH-Kulisse zu einem wirklich rechtssicheren und auch einem seriösen Verfahren zu finden“. Derzeit wolle das Ministerium „quasi durch die Hintertür mit der Brechstange Fakten schaffen, ohne dass eine ordnungsgemäße, seriöse Diskussion vor Ort möglich ist. Das schafft Aggressionen gegen den Naturschutz“. Das Problem sei nur zu lösen, wenn mit offener Information auf die Belange der Betroffenen eingegangen werde und sie vom Naturschutzgedanken überzeugt würden. Wenn die Regierung wegen der für Herbst angekündigten Regierungserklärung bis dahin Pause mache, dann müsse das auch für Kommunen gelten, die unter Druck gesetzt würden, noch vor dem Sommer zu den Gebietsausweisungen Stellung zu nehmen. Dieses „Tohuwabohu“ müsse ein Ende haben.

Naturschutz ist, soweit machbar, im Konsens aller Beteiligten vor Ort erfolgt und soll auch weiterhin so gehandhabt werden“.

Eckhard Uhlenberg (CDU) meinte, die Ministerin könne mit dem „Räppelchen Naturschutzpolitik“, das man ihr gelassen habe, weiter eine Menge Strukturpolitik „gegen Städte und Gemeinden, gegen Landwirte und gegen Naturschutzverbände in Nordrhein-Westfalen“ machen. Ihr, Höhns, besonderer Politikstil sei auch dafür verantwortlich, dass im Lande die Naturschutzpolitik nicht weiterkomme und die FFH-Richtlinie so strittig umgesetzt werde wie in keinem anderen Bundesland. Die von der Landesregierung gesetzte knappe Frist sei unzumutbar, nicht auf Konsens ausgerichtet und für die CDU nicht akzeptabel. Die Regierung versuche, mehr Gebiete nach Brüssel zu melden, als von dort gefordert werde. Gegen diese Art von Vorgehen gebe es im Lande zahlreiche „Revolutionen“. Vom Ministerpräsidenten sei nichts zu hören, offenbar decke er diese Politik der Ministerin.

Reiner Priggen (GRÜNE) erinnerte daran, die EU-Richtlinie gebe es seit 1992; bis 1994 hätte sie in Deutschland umgesetzt werden müssen. Die damalige CDU/CSU-FDP-Regierung habe sich aber sechs Jahre, bis 1998, Zeit dazu gelassen. NRW sei im Vergleich mit anderen Ländern bei der Gebietsmeldung nicht in Verzug, betonte er. Der Druck jetzt entstehe nicht durch die

Konsensbemühen, Zeitdruck und drohender Fördermittelverlust — um diese Begriffe drehen sich die Redebeiträge in der aktuellen Stunde von Holger Ellerbrock (FDP), Irmgard Schmid (SPD), Eckhard Uhlenberg (CDU), Reiner Priggen und Naturschutzministerin Bärbel Höhn (beide GRÜNE).
Fotos: Schälte



Irmgard Schmid (SPD) betonte die Notwendigkeit, die Ausweisung von FFH-Gebieten kurzfristig durchzusetzen. Die Beteiligten wüssten — die FDP wegen ihrer mehrjährigen Parlamentspause vielleicht nicht —, dass sonst nicht nur hohe Strafen drohten, sondern auch Fördermittel für das Land in Höhe von 2,7 Milliarden Mark in Rede stehen. Der CDU warf sie vor, die gießende Öl ins Feuer und setze ihre Desinformation zur Umsetzung fort. Ihre Fraktion, die SPD, wolle den Naturschutz „auch im dicht besiedelten hoch industrialisierten Nordrhein-Westfalen voranbringen. Hierzu kann die FFH- und Vogelschutzrichtlinie einen wichtigen Beitrag leisten. Im Rahmen des Naturschutzes werden fachlich mögliche Ermessensspielräume von den Beteiligten vor Ort weitestgehend berücksichtigt. Denn

Umweltministerin des Landes, sondern weil die EU-Kommission angekündigt habe, die Strukturhilfemittel für Länder zu sperren, die ihre Meldungen nicht im vorgesehenen Zeitrahmen vornehmen. Die europäischen Nachbarländer seien viel weiter; so lägen die dicht besiedelten Niederlande bei ihren Meldungen deutlich über 20 Prozent, Dänemark erreiche 24 Prozent. In der Bundesrepublik seien es zum Stichpunkt 23. Mai 2000 gerade einmal 4,65, NRW nach den ersten Tranchen gar nur 1,8 Prozent. Priggen: „Wir sind vom Ziel noch weit entfernt. Wir müssen wesentlich mehr erreichen.“

Naturschutzministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) warf der FDP vor, eine Aktuelle Stunde ohne Begründung beantragt zu haben; der Opposition hielt sie entgegen, sie

gehe durchs Land und hetze die Betroffenen auf und suggeriere ihnen, man habe noch genug Zeit. Die Wahrheit aber sei, wenn das Land den Zeitplan der EU nicht einhalte, dann verliere es sämtliche Strukturhilfemittel — auch die für die Landwirtschaft. Es stimme, der Zeitplan sei hart und kurzfristig; und wenn das Beteiligungsverfahren verkürzt werden müsse, dann geschehe das auf Druck der EU. Die Landesregierung, versprach sie, werde in Ruhe das Verfahren weiterführen und dafür sorgen, dass Strukturhilfemittel dem Land weiter zur Verfügung stehen.

Felix Becker (FDP) erklärte, die rot-grüne Koalition spreche viel von freiwilligen Vereinbarungen und mehr Bürgerbeteiligung — „die riskieren Sie aber nur, wenn es Ihnen in den Kram passt. Bei der FFH-Problematik scheuen Sie mehr Demokratie. Sie tricksen aus und geben grünes Licht für ökobürokratisches Vorgehen“.

Ursula Bolte (SPD) machte darauf aufmerksam, dass die meisten der jetzt zur Meldung anstehenden Gebiete unstrittig seien. Im Landtag entstehe der Eindruck, dass immer weiter verzögert werden solle und die Opposition mit immer neuen Debatten ihre grundsätzliche Ablehnung kaschieren wolle. Die Beteiligten sollten sich auf die wirklichen Streitpunkte konzentrieren und auf „weitere Resolutionen, Pressetermini und ähnliche Befindlichkeitsbekundungen“ verzichten.

Christian Weisbrich (CDU) malte den Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit in diesem Land aus seiner Sicht aus: Da wolle ein Ministerpräsident für die Entwicklung des Landes „Gas geben“, die Umweltministerin verspreche Kooperation, aber das Bundesbodenschutzgesetz werde ergänzt, das Landschaftsgesetz verschärft, der Entrüstungsturm von Wirtschaft und Kommunen ignoriert, und vor Ort würden strittige FFH-Flächen „draufgepackt, damit sich in diesem Land überhaupt nichts mehr bewegt“.

Reiner Priggen (GRÜNE) bezeichnete es als einzige Chance, sich nicht gegen die EU zu stellen, sondern die Verfahren beschleunigt abzuschließen.

Ministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) erklärte den Unterschied zwischen Landesplanung und FFH-Gebieten; beide hätten miteinander nichts zu tun. Was wolle die Opposition eigentlich gegen den drohenden Verlust von knapp drei Milliarden Fördermitteln für das Land tun?

Irmgard Schmid (SPD) gab die Einschätzung wieder, die Land- und Forstwirte seien konsensbereit; landschaftlicher Gebietschutz und Naturschutzbelange seien durchaus gut vereinbar. Die Kooperation werde gepflegt, der zeitliche Rahmen aber dränge.

Eckhard Uhlenberg (CDU) meinte, wenn es nach der CDU gegangen wäre, dann würde sich die Frage nicht stellen, ob man 2,8 Milliarden Mark „sauen“ lassen solle. Die habe nämlich beispielsweise im Frühjahr 1998 Regionalkonferenzen gefordert, „bei denen alle Beteiligten an einen Tisch geholt werden, um die Frage, was als FFH-Gebiet gemeldet wird und was nicht, zu diskutieren“.

CDU beklagt Stau der Investitionen und auf Straßen – FDP nimmt nicht teil

Koalition hält Verkehrsmix im Land NRW für notwendig

Um Verkehrspolitik, insbesondere um den Stau auf nordrhein-westfälischen Straßen und um die Frage des Ausbaus von Autobahnen auf sechs Spuren, ging es bei der Beratung des CDU-Antrages „Rot-grüner Investitionsstau statt Zukunft der Mobilität“, der am 27. Juni unter Nichtbeteiligung der FDP mit den Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt wurde (Drs.13/20).

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU), Fraktionsvorsitzender, sagte, er hätte gerne eine Antwort auf die Nöte der Menschen, die jeden Morgen im Stau ständen: 1,8 Millionen, die schlichtweg darunter litten, „dass Sie es nicht schaffen, mit Ihrem Investitionsstau klarzukommen, und die Sie in den Stau zwingen“. Man habe einen Ministerpräsidenten, der große Reden von Globalisierung halte. „Und was ist? Die Menschen fahren von zu Hause los und stehen nach zehn Kilometern im Stau, und dann geht in Nordrhein-Westfalen gar nichts mehr: Das muss geändert werden!“ Wer sich die Koalitionsvereinbarung anschau, sehe, dass es eine Koalitionsvereinbarung mit viel verquastem Politikdeutsch sei, allerdings keiner neuen Idee, wenn man einmal davon absehe, „dass Sie den Transrapid als Straßenbahn durch das Ruhrgebiet schicken wollen“. In der Koalitionsvereinbarung stehe kein Wort, wie der Investitionsstau von 1,3 Milliarden DM abgearbeitet werden solle. Das heiße im Klartext: Die Infrastruktur in NRW verfallt.

Edgar Moron (SPD), Fraktionsvorsitzender, betonte, das Thema, um das es hier gehe, sei die Verkehrspolitik. Welche Situation habe man in NRW? „Wir haben eine hervorragende Standortqualität zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West, und wir haben damit verbunden einen enormen Zuwachs an Güterfernverkehr auf unseren Straßen. Die Konsequenz wäre, ein Fernstraßennetz zu errichten, das im vollen Umfang in der Lage sei, die zusätzliche Verkehrsbelastung problemlos zu verkraften. „Wollen Sie das wirklich?“, fragte der Politiker. „Haben Sie einmal darüber nachgedacht, was das bedeuten würde?“ Moron erinnerte an den Landschaftsverbrauch, an Naturstutzerstörung und an die Belästigung der Menschen. Er erinnerte ferner daran, dass es praktisch kein einziges Straßenbauprogramm in NRW gebe, das nicht vor Verwaltungsgewichten beklagt werde. Man brauche für das Land einen Verkehrsmix aus Straßen, aus öffentlichem Personennahverkehr, aus schienengebundenem Personennahverkehr.

Jürgen W. Möllemann (FDP), Fraktionsvorsitzender, hielt dem CDU-Fraktionschef vor, was er hier vorgetragen habe, werde von seinem Antrag in keiner Weise gedeckt. In dem Antrag sei lediglich ein kleines Teil-



Erste Debatte über Verkehrspolitik: v. l. Dr. Jürgen Rüttgers (CDU), Edgar Moron (SPD), Jürgen W. Möllemann (FDP), Sylvia Löhrmann (GRÜNE) und Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD).
Fotos: Schälte

gebiet enthalten. „Sie aber haben hier geredet, als wollten Sie die Verkehrspolitik neu erfinden. Das ist nicht in Ordnung“, sagte Möllemann. Der Union gegenüber betonte er: „Sie werden sich daran gewöhnen müssen, dass zwar Sie in der Opposition sind und wir in der Opposition sind, aber dass das auch so ein wenig das Einzige ist, was uns verbindet.“ Der CDU-Antrag sei auch wegen des überwiegend gewünschten Verfahrens der Kurzberatung ohne die nötige ausführliche Behandlung in den Ausschüssen nicht geeignet, wirkliche Problemlösungen für das Land zustande zu bringen. Man werde sich deshalb an der weiteren Beratung und Beschlussfassung nicht beteiligen.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE), Fraktionssprecherin, unterstrich, vorgezogene Haushaltsberatungen seien nicht angemessen. Dann müsste man nämlich genau wissen, wie viel Mittel für welche Straßenbauvorhaben und für welchen Radwegebau zur Verfügung stünden. „Unsere Antwort in der Verkehrspolitik ist eine integrierte Verkehrsplanung.“ Diese Ansätze wolle man umsetzen. Frau Löhrmann schloss: „Wir wollen einen maßvollen Ausbau an verschiedenen Stellen, um für viele Menschen über viele Verkehrsträger eine sehr gute Mobilität zu erreichen, die umweltgerecht ist, die für die Menschen verträglich ist, die in der Umgebung wohnen.“

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) meinte, an den CDU-Fraktionsvorsitzenden gerichtet, über die Verkehrspolitik werde man etwas ernsterhaft zu reden haben. Das sei ein Thema von außerordentlicher Komplexität und eines, das für das Land NRW von außerordentlicher Bedeutung sei. „Wir sind verkehrlich das am höchsten belastete Land der Bundesrepublik Deutschland.“ Der Regierungschef merkte dann an: „Was ich bei Ihnen beiden, wenn ich Sie einmal zusammenführen darf, Herr Kollege Dr. Rüttgers und Herr Kollege Möllemann, bei Ihrer Kritik an der Verkehrspolitik nie verstanden habe — übrigens auch nicht im Wahlkampf —, ist die unglaubliche Chuzpe, mit der Sie antreten und uns

vorwerfen, die Autobahnen seien nicht so hoch entwickelt, wie sie es sein könnten. Sie könnten beispielsweise sechsspurig ausgebaut sein.“ Clement folgte: „Dazu muss ich Ihnen sagen, dass Sie 16 Jahre in der Mitverantwortung waren. Sie werden den Bürgerinnen und Bürgern Nordrhein-Westfalens nicht beibringen, dass man innerhalb von zwei Jahren mit einer neuen Bundesregierung Wesentliches von dem hätte aufholen können, was Sie in 16 Jahren nicht zustande gebracht haben.“

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU) stellte in einem zweiten Beitrag die Frage an den Ministerpräsidenten, warum denn seine Regierung die Mittel für den Landesstraßenbau — und dafür sei niemand in Bonn zuständig gewesen —, um 23 Prozent gekürzt habe?

Peter Eichenseher (GRÜNE) bekräftigte, man habe auch in der Verkehrspolitik eine solide Basis gefunden: „Unser Ziel ist es, einen integrierten Gesamtverkehrsplan für das Land aufzulegen, der alle Verkehrsträger gleichmäßig berücksichtigt und vor allen Dingen vernetzt. Das ist das erklärte Ziel.“

Gerhard Wirth (SPD) betonte: „Nennen Sie mir einmal ein Bundesland, das im Jahr über drei Milliarden DM in den ÖPNV steckt! Jedem, der morgens im Stau steht, empfehle ich, zu prüfen, ob er mit dem ÖPNV nicht vielleicht besser beraten wäre.“

Verkehrsminister Ernst Schwanhold (SPD) hielt der CDU vor, sie habe sich nicht richtig erkundigt. In NRW seien 350 Autobahnkilometer sechsspurig ausgebaut. Einen solchen sechsstreifigen Ausbau benötige man immer dann, wenn von 60 000 bis 65 000 Fahrzeugen pro Tag auszugehen sei. „Bei uns gibt es 720 Autobahnkilometer, die dieser Belastung ausgesetzt sind.“ Man könne sagen, dass es mehr Kilometer hätten sein müssen. Das sei allerdings nicht an nicht planungsreifen Vorstellungen gescheitert, sondern daran, dass der Bund das in der Vergangenheit nicht finanziert habe, weil in Bayern finanziert worden sei.

Aktuelle Stunde: Fragen zur Ausstattung der Polizei

Die Landesregierung werde alles tun, um die Sicherheit der Polizisten im Dienst zu verbessern, sagte Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) in der Aktuellen Stunde des Landtags am 28. Juni, als es auf Antrag der CDU-Fraktion um das Thema „Für mehr Sicherheit – Die Ausstattung der Polizei muss verbessert werden“, ging. Die sei nämlich, hatte zuvor ihr innenpolitischer Sprecher Theodor Kruse erklärt, auf vielen Gebieten veraltet, unpraktisch und unsicher.

Theodor Kruse (CDU) forderte, das Thema Sicherheit der Polizei müsse die Politik weiterhin beschäftigen. Es gehe dabei um mehr als die Ausstattung mit schuss- und stichsicheren Westen in allen Streifenwagen; neben die selbstverständlichen Schusswesten gehörten ebenso das Nachrüsten und Modernisieren von Fahrzeugen, die PC-Ausstattung in allen Behörden. Es müssten auch die dafür notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden, derzeit reichten sie nicht einmal zur Bestandpflege aus. Teilweise sei die Ausstattung der Polizei, etwa in Düsseldorf, „veraltet, unpraktisch und unsicher“. Darüber führten die Beamten zu Recht Klage. Die Landesregierung sollte sich, stärker als sie es in den letzten fünf Jahren getan habe, darum kümmern und die erforderlichen Maßnahmen ergreifen.

Hans-Peter Meinecke (SPD) nannte dagegen die Sachausstattung der Polizei angemessen und gut. Wie schon in der Vergangenheit werde auch in den nächsten fünf Jahren Geld für die notwendige Verbesserung der technischen Ausstattung bereitgestellt. Für sichere Schutzwesten, wenn sie es gebe, stünden im Nachtragshaushalt bis zu 30 Millionen Mark zur Verfügung. Daneben sei auch die Eigensicherung der Polizeibeamten zu verbessern, betonte er.

Horst Engel (FDP) meinte zu den leichten stich- und schussicheren Unterziehwesten, die Industrie sei angeblich bereits in der Lage, diese herzustellen. Alle Ansätze, Analysen und Studien müssten auf den Prüfstand. Ziel sei ein Gesamtkonzept für mehr Sicherheit für die Menschen und die Polizei. Das schließe die Verbesserung der theoretischen Kenntnisse der Anwärter ebenso ein wie die berufs begleitende integrierte Fortbildung.

Monika Düker (GRÜNE) schlug vor, die Entwicklung wirklich guter Westen abzuwarten. Sie regte die intensivere Aus- und Fortbildung der Beamtinnen und Beamten, eine Verschärfung des Waffengesetzes auf Bundesebene und die Bekämpfung des illegalen Waffenbesitzes an. Am Leitbild einer zivilen, bürgernahen Polizei sei festzuhalten: „Wir wollen eine Polizei, die im Gemeinwesen verankert ist, die mit Verbänden, Initiativen und Kommunen kooperiert, die präventiv wirkt und da auch wirklich ihre Ansatzpunkte sieht.“



Landtagspräsident Ulrich Schmidt (vorne) hat den Mitgliedern der Landesregierung bei ihrem Amtsantritt am 27. Juni den Amtseid abgenommen. Der Amtseid ist nach Artikel 53 der Landesverfassung vorgesehen und endet mit den Worten: „So wahr mir Gott helfe“. Der Präsident wünschte den Kabinettsmitgliedern eine glückliche Hand bei der vor ihnen liegenden verantwortungsvollen Aufgabe. Zuvor hatte Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) im Plenum mitgeteilt, dass er Peer Steinbrück, Dr. Fritz Behrens, Jochen Dieckmann, Ernst Schwanhold, Harald Schartau, Gabriele Behler (alle SPD), Dr. Michael Vesper, Bärbel Höhn (beide GRÜNE), Birgit Fischer und Detlev Samland (beide SPD) zu Ministern ernannt und Dr. Michael Vesper gebeten habe, als sein Stellvertreter zur Verfügung zu stehen. Clement dankte abschließend der Kollegin Brusch für rund zehn Jahre „außerordentlich engagierter Mitarbeit“ in der Landesregierung in drei Kabinetten (siehe Seite 5).

Foto: Schälte

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) bekräftigte, derzeit gebe es aber kein geeignetes sicheres und leichtes Schutzwesten-Modell: „Sobald ein solches Produkt auf dem Weltmarkt zur Verfügung steht, wollen wir es sofort an die Beamtinnen und Beamten auch in NRW ausliefern.“ Das sei Beschlusslage der Landesregierung. Er bitte um Verständnis, wenn die Polizei zurzeit „mit noch mehr Vorsicht, mit größerer Zurückhaltung, möglicherweise auch in etwas forscherer Art auf Bürgerinnen und Bürger zugeht“.

Rainer Lux (CDU) beklagte, in der Vergangenheit sei auf die Sicherheit der Polizei zu wenig Wert gelegt worden. Dafür müssten nun die Prioritäten im Landeshaushalt gesetzt werden. Bei der Entwicklung und der Einführung neuer Techniken dürfe nicht alles mehr auf die lange Bank geschoben werden.

Ausschüsse des Landtags

Die Konstituierung der Ausschüsse des Landtags hat am 27. Juni nach der Plenarsitzung stattgefunden. Auf Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und GRÜNEN waren zuvor im Plenum drei Ausschüsse mit 25 Mitgliedern, sechs mit 23 Mitgliedern, fünf mit 19 Mitgliedern, jeweils drei mit 17 und 15 Mitgliedern sowie zwei mit 13 Mitgliedern bestellt worden. „Landtag intern“ wird über die Besetzung der Ausschüsse in der nächsten Ausgabe berichten.

Jürgen Jentsch (SPD) bezeichnete die Verschärfung des Waffenrechts als längst fälligen Schritt, er sei aber, wie die Schutzwesten, kein Allheilmittel. Man müsse im Lande weiter für die Stärkung der Sicherheit eintreten, die Bürgernähe der Polizei erhalten und durch rechtsstaatliches Handeln die Kriminalität erfolgreich bekämpfen.

Karl Brendel (FDP) lobte die in der Debatte zum Ausdruck gekommene Bereitschaft, „hier ernsthaft miteinander zu arbeiten und diese wichtige Aufgabe gemeinsam zu bewältigen“, ohne in aktionistische Polemik abzugleiten. Die heute begonnene Diskussion sollte ernsthaft und seriös fortgesetzt werden.

Theodor Kruse (CDU) sah angesichts von Sicherheitsdefiziten und Ausstattungsmängeln das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat in Gefahr. Es müsse mehr getan werden, um der täglichen Gewalt entgegenzuwirken. Der Abgeordnete fragte, was in dieser Beziehung von der Landesregierung in den letzten anderthalb Jahren auf den Weg gebracht worden sei.

Frank Baranowski (SPD) fragte zurück, wo die CDU-Anträge zur Sicherheit und zur Sicherung der Polizei in den letzten Haushaltsberatungen gewesen seien.

Monika Düker (GRÜNE) verwahrte sich ebenfalls dagegen, die Polizistenmorde zu nutzen, um ein parteipolitisches Stüppchen zu kochen. Wenn einem die Argumente ausgegangen seien, sollte man schweigen.

Clement hat Kabinett berufen

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) hat am Freitag, 23. Juni, zwei Tage nach seiner Wiederwahl die Ministerliste bekannt gegeben und zwei neue Minister in sein Kabinett berufen.

Das Ressort Arbeit und Soziales, das durch die Übertragung der Zuständigkeit für Qualifizierung und Technologie an Gewicht gewonnen hat, übernahm als Nachfolger der bisherigen Amtsinhaberin Ilse Brusis (SPD) der Bezirkschef der IG Metall in Nordrhein-Westfalen, Harald Schartau aus Mülheim an der Ruhr. Der 47-jährige geborene Duisburger arbeitete zunächst als Chemielaborant bei Mannesmann, studierte dann über den Zweiten Bildungsweg Betriebswirtschaft und schloss 1976 sein Studium in Hamburg als Diplombetriebswirt ab. 1977 wurde er Jugendbildungsreferent beim DGB und ging 1984 als Bezirkssekretär zunächst in Essen, später in Dortmund zur IG Metall. Seit 1997 leitete er die IG Metall in Nordrhein-Westfalen, den mit 800 000 Mitgliedern bei weitem größten Bezirk dieser Gewerkschaft. Schartau gilt als Pragmatiker. Richtschnur war für ihn immer die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen. Neuer Chef der IG Metall in Nordrhein-Westfalen soll der Leiter der Verwaltungsstelle Duisburg, Peter Gasse, werden. Als Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten tritt ferner der langjährige Europa-Abgeordnete und Vorsitzende des SPD-Bezirks Niederrhein, Detlev Samland, mit Sitz in der Staatskanzlei in die Regierung ein. Samland wurde am 1. Mai 1953 in Essen geboren, wo er heute auch zu Hause ist. Er studierte nach dem Abitur Städtebau und Raumplanung in Dortmund. Der Diplomingenieur arbeitete am Institut für Technologie-Transfer an der Ruhruniversität Bochum, war zehn Jahre lang im Europaparlament, scheiterte aber als Oberbürgermeister-Kandidat bei der Kommunalwahl 1999. Er war zuletzt geschäftsführender Vorstand der „Cineroipa“. Samland übernahm das Aufgabengebiet der Staatssekretärin Heide Dörrhöfer-Tucholski, die in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde. Mit dem wieder eingerichteten Ministeramt für Europa- und Bundesangelegenheiten ist die Zahl der Ministerien von neun auf zehn angewachsen, der Frauenanteil indessen mit dem Ausscheiden von Ilse Brusis gesunken. Standen bisher vier Frauen fünf Männern gegenüber, gehören dem neuen Kabinett nur noch drei Frauen an. Ilse Brusis hat die Landesregierung nach zehn Jahren verlassen und den Vorsitz der Stiftung Kunst und Kultur übernommen. Dort soll sie dazu beitragen, das kulturelle Profil des Landes weiterzuentwickeln. Dem neuen Kabinett gehören acht SPD- und zwei GRÜNE-Politiker an. Chef der Staatskanzlei ist nach wie vor Staatssekretär Georg Wilhelm Adamowitsch.

Ministerien und Minister:

Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport ist Dr. Michael Vesper (GRÜNE). Das Finanzministerium leitet Peer Steinbrück (SPD), das Innenministerium Dr. Fritz Beh-



Der Chef und sein Kabinett: v.l. Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD), Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport, Dr. Michael Vesper (GRÜNE), Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) und Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD).



Im Kabinett: Justizminister Jochen Dieckmann (SPD), Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr, Ernst Schwanhold, Minister für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie, Harald Schartau (SPD) sowie Ministerin für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung, Gabriele Behler (SPD).



Vervollständigen die Landesregierung: v.l. Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bärbel Höhn (GRÜNE), Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit, Birgit Fischer (SPD), Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten, Detlev Samland (SPD), sowie der Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Georg Wilhelm Adamowitsch.

Fotos: Schäfte

rens (SPD) und das Justizministerium Jochen Dieckmann (SPD). An der Spitze des Ministeriums für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung steht Gabriele Behler (SPD), des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand, Energie und Verkehr Ernst Schwanhold (SPD) sowie des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Qualifizierung und Technologie Harald Schartau

(SPD). Das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz wird von Bärbel Höhn (GRÜNE), das Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit von Birgit Fischer (SPD) geführt. Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten ist Detlev Samland (SPD).

CDU-Antrag „Mehr Demokratie wagen“

Niedrigeren Hürden für Bürgerbegehren stimmen die Koalitionsfraktionen zu

Der Landtag überwies den CDU-Antrag „Mehr Demokratie wagen – Für Transparenz und Bürgernähe“ (Drs. 13/25) nach der Aussprache am 28. Juni an den Hauptausschuss (federführend) und die Ausschüsse für Kommunalpolitik und für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturen zur Mitberatung.

Lothar Hegemann (CDU) erinnerte die FDP an deren Bundesparteitag in der Vorwoche, der einen Weg „vom Parteienstaat zur Bürgerdemokratie“ beschlossen habe, und warf ihr Arbeitsverweigerung vor. „Mehr Demokratie wagen“, habe der SPD-Kanzler Willy Brandt schon 1969 verlangt. Auch 30 Jahre später müsse mehr Mitwirkung der Bürger verlangt werden. Der Bürger sehe nicht ein, dass trotz abnehmender Kompetenz der Landtag wieder 231 Abgeordnete habe. Warum keine Zweitstimme für bessere Auswahl zwischen Parteien und Kandidaten?, fragte er die SPD. In Recklinghausen habe der CDU-Landrat nach 50 Jahren SPD erstmals eine Bürgersprechstunde vor jeder Kreistagsitzung eingeführt. Hinsichtlich Personalpolitik in den Ministerien könne die SPD von den GRÜNEN noch lernen, die alle (ihre Leute) untergebracht hätten. Auch ein Fraktionsgesetz sei erforderlich. Ferner müsse die parlamentarische Kontrolle von Landesbeteiligungen durchgesetzt werden. Die Hürden für Volksbegehren seien zu senken. In den letzten 30 Jahren habe es in NRW nur ein erfolgreiches Volksbegehren gegeben, und zwar 1978 gegen die kooperative Schule.

Edgar Moron (SPD), Fraktionsvorsitzender, antwortete, in der vergangenen Wahlperiode sei mehrfach über mehr Bürgerbeteiligung diskutiert worden. Unstreitig sei in NRW vor 50 Jahren eine Verfassung von den Parteien gemeinsam erarbeitet worden. Zur Verfassungstradition gehöre die Beteiligung der Bürger. Verfassungsänderungen bedürften einer Zweidrittelmehrheit, was hohe Ansprüche an den Parteien-Dialog stelle. Änderungen dürften nicht wegen parteitaktischer Vorteile vorgenommen werden. Die hohen Quoren für Bürgerbegehren und Volksent-

scheid müssten geändert werden. Die SPD biete zehn Prozent an. Den Bürgern müssten mehr Möglichkeiten gegeben werden, in das Parlament hineinzuwirken. Zur Größe des Parlaments werde populistisch argumentiert und Parteienfeindlichkeit geschürt. NRW habe für 18 Millionen Einwohner ein relativ kleines Parlament. Ob 231 Abgeordnete zu viel seien, messe sich nur an der Qualität der Arbeit, die sich darin zeige, dass bis zum letzten Tag vor der Wahl um das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler geworben werde. Über Kumulieren könne man reden. Panaschieren sei Flucht aus der politischen Verantwortung. In süddeutschen Ländern führe das zu Undurchschaubarkeit im kommunalen Bereich. Über den Status der Abgeordneten und Übergangsgelder stehe nichts im CDU-Antrag. Eine Kommission des Ältestenrats solle sich damit befassen. Die SPD sei dialogbereit, aber nicht zu allem.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE), Fraktionssprecherin, hielt die Aussprache über das Thema für gut. Die CDU habe aber einiges durcheinander gebracht und leider keine Gesetzentwürfe vorgelegt. Demokratie sei kein Würfelspiel. Auch bei Veränderung demokratischer Abläufe müssten die Menschen mitgenommen werden. Einige Themen gehörten nicht in Kommissionen, sondern in ausführliche öffentliche Anhörungen mit Fachleuten. Die verfassungsändernde Mehrheit im Landtag für Volksbegehren, Volksentscheide und eine Volksinitiative sei ein gutes Zeichen. Zehn-Prozent-Quoren stünden bereits im Koalitionsvertrag von SPD und GRÜNEN. Das solle schnell angepackt werden. Dass die FDP sich nicht äußere, sei bezeichnend. Ihr komme die Sommerpause gerade recht als Trainingslager.

Die Kommission zu Diäten, Doppelpersonal, Übergangsgeldern und Pensionsleistungen solle schnell ans Arbeiten gebracht werden und nicht mit Fragen des Wahlrechts und der Größe des Parlaments befrachtet werden. Bei der achtjährigen Amtszeit für hauptamtliche Kommunalpolitiker bestehe keine Eile. Bedauern äußerte die GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende, dass die Blockaden in der SPD nicht aufhörten.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) versprach Zurückhaltung der Landesregierung bei Wahlrechtsfragen, da diese das vornehmste Recht der Fraktionen seien. Zu vielen im CDU-Antrag angesprochenen Fragen werde der Ministerpräsident in der Regierungserklärung Stellung nehmen.

Hans Peter Lindlar (CDU) äußerte Befremden über das Erstaunen der Koalitionsfraktionen, dass die CDU nach der Wahl dasselbe sage wie vor der Wahl. Die Arroganz, die Themen als Wahlkampf und längst abgehakt zu demonstrieren, zeige, dass diese nichts zu bieten hätten. Es gäbe andere Mehrheitsverhältnisse, „wenn wir uns nicht selbst ein Bein gestellt hätten“. Der Staat lebe von unten nach oben. Dem sei die bisherige Arbeit an der Gemeindeordnung nicht angemessen. Die GRÜNEN seien bei Kumulieren und Panaschieren huldvoll eingeknickt. Quälend sei eine für den Steuerzahler millionenteure ungeeignete Übergangslösung zum neuen Amt des Bürgermeisters. Die SPD habe sich erst vor wenigen Wochen zur permanenten Direktwahl durchgerungen. Es fehle eine klare Amtszeit. Die Bürgermeisterwahl solle von den Rats- und Kreistagswahlen abgekoppelt werden. Quälend sei auch die SPD-Entwicklung bei der Kommunalverfassung. Die Bürger müssten die Parteilisten korrigieren und sich für gute Frauen und Männer entscheiden können. Die CDU habe, anders als die SPD, keine Angst vor freien Wählergruppierungen oder davor, Posten und Klüngeleinfluss zu verlieren.

Ewald Groth (GRÜNE) warf der CDU vor, am Anfang der Wahlperiode ihre Zuständigkeit für Demokratie festsetzen zu wollen. Sie habe verpasst, die Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheid zu senken, was die GRÜNEN durchgesetzt hätten.

Petition wegen Missbrauchs von ABM-Geldern

Staatsanwaltschaft ermittelt wieder

Ende 1999 wandte sich ein Petent aus einer Kleinstadt in Westfalen an den Petitionsausschuss mit Beschwerden über einen gemeinnützigen Verein, der angeblich Gelder für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) in Höhe von knapp einer Million Mark missbräuchlich eingesetzt habe. Nachdem er das als früherer Geschäftsführer der Stadt und dem Arbeitsamt gemeldet habe, sei nichts geschehen. Auch die Staatsanwaltschaft Münster habe nichts unternommen und das Verfahren wegen unverhältnismäßig hohen Arbeitsaufwands eingestellt.

Der Verein, führte der Petent aus, sei aus einer Arbeitsloseninitiative zum Entsorger wiederverwertbarer Stoffe aufgestiegen. 1991 sei er in einen Gewerbebetrieb und in einen gemeinnützigen Verein aufgespalten worden. Im Gewerbe seien dann 40 bis 560 ABM-Kräfte eingesetzt worden, was ungesetzlich sei. Als Maßnahme „Arbeit statt Sozialhilfe“ habe die Stadt Leute mit 2 Mark Stundenlohn geschickt. Der Gewerbebe-

trieb habe aber 28 Mark pro Stunde kassiert. Die Firma lasse sich etwa 70 Prozent ihrer Mitarbeiter vom Arbeitsamt bezahlen, bekomme Honorare von der Stadt und könne die gesammelten Wertstoffe auch noch verkaufen.

Die Eingabe wanderte dann vom Innen- über das Sozial- zum Justizministerium, das schließlich vom Generalstaatsanwalt eine Stellungnahme einholte. Der teilte Ende

März 2000 mit, 1996 habe der Verein 9 000 Mark an das Arbeitsamt zurückgezahlt, die für vier gewerblich tätige ABM-Kräfte eingenommen worden seien. Nach Einstellung im Sommer 1999 würden die Ermittlungen nun wieder aufgenommen. In der vorletzten Sitzung des Petitionsausschusses äußerte sich Vorsitzende Barbara Wischermann (CDU) zufrieden mit dem Erfolg dieser Petition.



Ebenfalls erfolgreich war eine Eingabe, die sich gegen die Universität Düsseldorf richtete. In einem Verein organisierte Kleingärtner beschwerten sich, die Hochschule verlängere die Pachtverträge nur noch auf drei Jahre. Hohen Aufwendungen der Kleingärtner drohe Verlust. Nach einem Anhörungstermin teilte die Düsseldorfer Abgeordnete Anne-Hanne Siepenkothen (CDU) im Ausschuss mit, die Universität sei nun bereit, einen Pachtvertrag mit fünf Jahren Laufzeit abzuschließen.

Der Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik in der 12. Wahlperiode

Währungsunion – Agenda 21 – Osterweiterung der EU

Der Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik trat insgesamt 52-mal zusammen, um über wichtige europa- und entwicklungspolitische Themen und Entwicklungen zu beraten. So führte der Ausschuss bereits im September 1996 eine Anhörung zum Thema „Der Weg zur einheitlichen Währung und Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen“ durch. Experten aus Politik, Wissenschaft und Bankenwesen, unter anderen der verstorbene Präsident der Landeszentralbank Staatsminister a. D. Professor Dr. Reimut Jochimsen, legten während dieser Veranstaltung ihre Argumente für und gegen die Währungsunion dar und erläuterten den Ausschussmitgliedern die zu erwartenden Konsequenzen für Nordrhein-Westfalen.

Ein weiteres wichtiges europapolitisches Thema war die Reform des europäischen Strukturpolitik und die Folgen für das Land. Aufgrund der anstehenden Osterweiterung der Europäischen Union, die Nordrhein-Westfalen aller Voraussicht nach wesentliche wirtschaftliche Vorteile bringen wird, musste diese Reform vorgenommen werden. In Nordrhein-Westfalen blieb jedoch der Kernbestand der Strukturförderung erhalten.

Gerade die bevorstehende Osterweiterung bewog eine Delegation des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik, sich die politische und wirtschaftliche Lage in Polen, dem wichtigsten östlichen Partner der Bundesrepublik, genauer anzusehen. Vom 16. bis 21. Mai des vergangenen Jahres führten die Abgeordneten Gespräche mit polnischen Regierungsvertretern zum bevorstehenden Beitritt ihres Landes zur EU und den Schwierigkeiten, die von polnischer Seite damit verbunden sind. Großes Interesse hatten die Ausschussmitglieder auch an der erst kürzlich durchgeführten Verwaltungsstrukturreform, die den Regionen in Polen erstmals nach dem Zentralismus des kommunistischen Regimes wieder mehr Kompetenzen zugesteht. Diese Reform war durch das Beitrittsersuchen Polens zur EU notwendig geworden. Außerdem informierten sich die Delegationsmitglieder über nordrhein-westfälische Kooperationsprojekte vor Ort.

Weitere wichtige europapolitische Themen waren die ständigen Berichte der Ausschussmitglieder über ihre Tätigkeiten in den europäischen Regionalinstitutionen sowie die Asyl- und Einwanderungspolitik in der EU, die beiden Regierungskonferenzen 1996 und 2000, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen mit anderen Regionen der EU, die Begleitung der Debatte um die Subsidiarität, die Länderkompetenzen und die Zukunft des Föderalismus innerhalb der Union, die Bewertung der Ergebnisse der Gipfeltreffen der europäischen Staats- und Regierungschefs sowie ganz aktuell die kritische Beobachtung der Arbeiten zur Europäischen Grundrechtecharta.

Im Bereich der Eine-Welt-Politik führte der Ausschuss am 1. September 1997 eine öffentliche Anhörung zum Thema „Fünf Jahre nach Rio: Zukunftsfähige Perspektiven der Eine-Welt-Politik in NRW“ durch. Vom 03. bis 14. Juni 1992 fand in Rio de Janeiro die

Der Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik setzte sich in der 12. Wahlperiode aus 15 Mitgliedern, davon 7 SPD-Abgeordneten, 6 CDU-Abgeordneten sowie zwei Abgeordneten der GRÜNEN, zusammen. Während der gesamten Wahlperiode wurde der Ausschuss von Professor Dr. Horst Posdorf (CDU) aus Bochum geleitet. Vertreten wurde Professor Posdorf zu Beginn der Legislaturperiode durch Jürgen Büssow, danach durch Gabriele Sikora und später durch Inge Lagemann (alle SPD).



Europapolitische Sprecherinnen waren (v. l.) für die SPD-Fraktion Gabriele Sikora, Diplombetriebswirtin aus Castrop-Rauxel, für die CDU-Fraktion Ilka Keller, Reisebüroinhaberin aus Swisttal (Rhein-Sieg-Kreis III), sowie für die GRÜNE-Fraktion Ute Koczy, entwicklungspolitische Bildungsreferentin aus Lemgo. Die Abgeordnete Keller ist seit 1990 Mitglied des Landtags, die Abgeordneten Sikora und Koczy seit 1995. In europäischen Institutionen waren Loke Mernizka (SPD) im Ausschuss der Regionen, Gabriele Sikora in der Versammlung der Regionen Europas und Ute Koczy im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas beim Europarat vertreten.

Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung statt. Im Rahmen dieser Konferenz wurde u. a. auch das Aktionsprogramm für die nachhaltige Entwicklung und globale Entwicklungszusammenarbeit, die so genannte „Agenda 21“ ins Leben gerufen. Die Anhörung beschäftigte sich hauptsächlich mit den Umsetzungsmöglichkeiten der „Agenda 21“ in Nordrhein-Westfalen. Die Themen nachhaltige Entwicklung und Nord-Süd-Konflikt waren auch immer wieder Gegenstand der Diskussionen der Ausschussmitglieder mit dem Nord-Süd-Beauftragten des Ministerpräsidenten.

Um sich ein Bild über die nordrhein-westfälische Entwicklungszusammenarbeit mit

der Partnerprovinz Mpumalanga in Südafrika zu verschaffen, reiste vom 15. bis 25. Februar 1998 eine Delegation des Ausschusses ans Kap. Die Abgeordneten informierten sich über ein Verwaltungshilfeprojekt, ein Wohnungsbauförderungskonzept für benachteiligte Bevölkerungsgruppen sowie ein Projekt zur Hilfe der Wiedereingliederung von Straßenkindern in die Gesellschaft, die alle von nordrhein-westfälischer Seite unterstützt werden. Die Delegationsmitglieder konnten sich auch ausführlich über den Transformationsprozess in Südafrika nach dem Ende der Apartheid informieren und ließen sich über die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Republik Südafrika unterrichten.

Ein weiteres Thema im Ausschuss war der Ausbau der Bundesstadt Bonn zum Zentrum für internationale Zusammenarbeit. Nach dem Beschluss der Bundesregierung von Bonn nach Berlin umzuziehen, versuchten der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen erfolgreich, die Stadt Bonn für entwicklungspolitische Institutionen und Kongresse attraktiv zu machen. Auf Einladung des Ausschusses berichtete beispielsweise der Direktor des „United Nations Information Centre“ über die Ansiedlung von UN-Organisationen in Bonn. Bisher seien das „United Nations Information Centre“, das UN-Sekretariat für den Klimawandel, das Sekretariat zur Umsetzung der Wüstenkonvention, das Sekretariat zur Umsetzung des Übereinkommens wandernder wildlebender Tiere sowie das UN-Freiwilligen Programm in Bonn ansässig. Insgesamt seien 300 internationale und regionale Mitarbeiter bei diesen Organisationen beschäftigt, die aufgrund der sehr guten Konferenz-Infrastruktur in Bonn beste Arbeitsbedingungen vorfinden. 120 zusätzliche Mitarbeiter könnten allein von Seiten der UN noch hinzukommen.

Birke Jantz

Euro-Anhörung

„Als erster Redner warnte der Präsident der NRW-Landeszentralbank Professor Dr. Reimut Jochimsen vor zu hohen Erwartungen und vor einem überhasteten Start mit noch nicht hinreichend integrierbaren Volkswirtschaften. Er begrüßte das „ehrgeizige Jahrhundertprojekt“ der gemeinsamen Währung ... Als größte Sorge nannte er die Tatsache, dass derzeit 12 von 15 Mitgliedstaaten in Haushaltsüberwachungsverfahren eingetreten seien. Jochimsen sah ein dreifaches Dilemma: durch den Termin- und Zeitdruck (Beginn 1999), die Kriterientreue und eine hinreichende Teilnehmerzahl ... Eigentlich sei die alles umfassende Politische Union notwendig ...“

aus: Landtag intern 16/1996, Bericht über die öffentliche Anhörung des Europa-Ausschusses zur Währungsunion am 23. September 1996 mit dem Titel „Euro soll werden wie Gold im 19. Jahrhundert“.

ICE-Tunnel unterquert Autobahn und Fluss

Jetzt werden Kirche und Friedhof untergraben

Der Vorsitzende der Parlamentarischen Gruppe Bahn (PG Bahn) Manfred Hemmer (SPD) hatte den Vorstand zur Besichtigung des ICE-Tunnels in der Siegaue am 20. Juni eingeladen. Dass nicht alle Mitglieder kamen, war wohl dem Hoch „Axel“ mit Temperaturen um 35 Grad Celsius zuzuschreiben. Mit der Bahn reiste die kleine Delegation, in der alle drei Fraktionen des vorigen Landtags vertreten waren, aus Düsseldorf im Bahnhof Siegburg an, einer Riesenbaustelle mit provisorischen Zu- und Abgängen für die Fahrgäste. Im Zuge der ICE-Strecke Köln–Rhein/Main erhält der Bahnhof Siegburg zwei zusätzliche Gleise für Züge, die die „Schleife“ zum Flughafen Köln/Bonn fahren werden. Außerdem wird die Endhaltestelle der Straßenbahn aus Bonn unterirdisch an den DB-Bahnhof angebunden.

Nach der Begrüßung durch den Bereichskonzerndirektor der Deutschen Bahn AG für das Land Nordrhein-Westfalen Wolfgang Maurer und Udo Kampschulte (Öffentlichkeitsarbeit Projekt Köln–Rhein/Main) ging es weiter mit dem Bus zur Großbaustelle in der Siegaue. Kampschulte erläuterte den Stand der Arbeiten im Bauabschnitt Nord: Köln-Sankt Augustin. Dieser 31 Kilometer lange Bauabschnitt verläuft über Troisdorf und Siegburg und ist wohl der spektakulärste Abschnitt des gesamten Projekts, mit mehreren Tunnels und neuen Strecken, nicht wie im weiteren Verlauf entlang der Autobahn, sondern durch besiedelte Gebiete. Die letzten sechs Kilo-

schließlich für Personenverkehr bestimmt. Bis zum Jahr 2010 wird mit dem doppelten Fahrgastaufkommen gerechnet. Außerdem werden die beiden Flughäfen Köln/Bonn und Frankfurt/Main angebunden. Im Dezember 1995 wurde mit dem Trassenbau begonnen, seit Herbst 1998 laufen die Arbeiten auf der ganzen Länge.

„Innscheniör – nichts zu schwör“ hieß es bei den Teilnehmern der Besichtigung auch dieses Mal, als die Einzelheiten des Großprojekts in Augenschein genommen wurden. Der ICE-Tunnel ist zu 80 Prozent fertig und hat bereits die Autobahn A 560 und die Sieg, einen Nebenfluss des Rheins aus dem Rothaargebirge, unterquert. Zu

die „Blaufügelige Ödlandschrecke“ vor, eine seltene Heuschreckenart, die auf dem Gelände des Güterbahnhofs Troisdorf lebt und deren Lebensraum zu schützen ist.

Bei Großprojekten wie der ICE-Neubaustrecke müssen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen eingeplant werden. „Eingriffe“ in die Landschaft nennen die Planer die Baumaßnahmen, und bei der ICE-Strecke handelt es sich dabei um 60 Hektar, denen „landschaftspflegerische Maßnahmen in einer Größenordnung von insgesamt 170 Hektar“ gegenüberstehen.

Zurzeit ist als letztes Stück des Abschnitts Nord die Untertunnelung des Friedhofs und der Kirche von Niederpleis, einem Ortsteil von Sankt Augustin, in Gang. Die Kirche sei zehn Meter von der Tunnelachse entfernt. Sie sei verkabelt, erläuterte Kampschulte, und so könne auf jede Absenkung sofort reagiert werden. Leider wurden die verkaufte Kirche und der bereits durch eine Betonfontäne geschädigte Friedhof den Abgeordneten nicht gezeigt.

Doch in den letzten Teil des ICE-Tunnels stiegen sie hinab. Die 370 Meter im geologisch schwierigen Bereich der Sieg- und der Pleisbachaue werden in bergmännischer Bauweise gebaut, während der größere Teil des Tunnels offen vorgetrieben worden ist. Das österreichische Spezial-Unternehmen entschied sich für Druckluftvortrieb, nachdem andere Verfahren eingestellt werden mussten bzw. nicht möglich waren, wie im Bereich Niederpleis die Vereisung.

Vor der Personenschleuse war allerdings stop angesagt. In den Überdruckbereich dürfen nur gesundheitlich belastbare Arbeitnehmer gelangen. Sie dürfen sich dort höchstens 7 ½ Stunden lang aufhalten und müssen sich danach auf „normalen“ Druck umstellen. Selbstverständlich gelten im Überdruckbereich auch Sicherheitsvorschriften wie im Bergbau. Den Tunnel hat man sich als riesige, mit Spitzbeton verkleidete Halbrundhalle vorzustellen. Diese war als Drehort für Filme bereits mehrfach gefragt. Den eigentlichen ICE-Tunnel macht dann eine Betonröhre kleineren Umfangs mit zwei Gleisen aus.

Im Abschnitt Nord (NRW) müssen im Zuge der ICE-Trasse Eisenbahn- und Straßenüberführungen erweitert werden, sechs im Stadtgebiet von Köln, acht in Troisdorf und vier in Siegburg. In Sankt Augustin werden vier Eisenbahnüberführungen neu gebaut. Auch bei den Bahnhöfen sind Neubauten oder größere Umbauten geplant. Köln wird rechtsrheinisch in Deutz ein zweites ICE-Terminal erhalten.

„Das Landschaftsbild wird aufgewertet“, stellt die DB zur Trassenplanung in Köln-Porz fest. In Troisdorf erhalten die Bürger zur Naherholung gar einen sechs Hektar großen neuen Park, und eine weitere Fläche von fünf Hektar wird „mit Stieleichen und weiteren Edellaubbaumarten“ aufgeforstet. Auch für den Schallschutz nimmt die DB AG viel Geld in die Hand. Nicht nur Schallschutzwände aus überschüssigen Bodenmassen „mit standortgerechter Bepflanzung“ sind vorgesehen. In Köln-Porz und Köln-Wahn kommen auch zahlreiche Gebäude für „passiven Schallschutz“ in Frage. Aus der Lektüre der Projektbeschreibung lässt sich großes Bemühen um Akzeptanz herauslesen, aber auch ein wenig schlechtes Gewissen, welche „Wunden“ die Bahnplanung in die Landschaft schlägt.



Blick auf den Siegaue-Tunnel mit der Umleitung der Sieg

meter von Siegburg bis zum östlichen Rand von Sankt Augustin sind eine solche Neubaustrecke mit dem technisch schwierigsten Teil, einem 2,5 Kilometer langen Tunnel, in dieser Länge vom Rheinsieg-Kreis zum Schutz der Landschaft ausgehandelt. Noch auf nordrhein-westfälischem Gebiet beginnt in der Großgemeinde Königswinter anschließend der Bauabschnitt Mitte.

Die ICE-Neubaustrecke Köln–Rhein/Main soll bekanntlich den Schienenverkehr zwischen den Ballungsräumen Rhein/Ruhr und Rhein/Main beschleunigen, und zwar beispielsweise auf eine Fahrzeit Köln–Frankfurt von weniger als einer Stunde. Die neue Fernschnellverkehrsstrecke ist aus-

bewundern war die Verlegung der Sieg in einer künstlichen Mäander, notwendig, damit im alten Flussbett die Baugrube für den Tunnel errichtet werden kann.

Seit einigen Jahren befassen sich die mit Großprojekten beauftragten Ingenieure in Deutschland neben den eigentlichen technischen Problemen verstärkt mit den Auswirkungen ihrer Werke auf die Umwelt, wozu sie durch mehrere neue Gesetze verpflichtet sind. Das ist auch beim ICE-Projekt Köln–Frankfurt der Fall und kann schon daran abgelesen werden, dass von der 18-seitigen, für die Öffentlichkeit bestimmten Informationsschrift fünf Seiten den Themen Landschaftspflege, Schallschutz, Abfall und Bahnhöfe gewidmet sind. Dort kommt auch

Ein Grandseigneur wird 80 – Einst Landtagsvizepräsident, heute LSB-Präsident

Wie der Vorstandsvorsitzende eines Unternehmens reist Richard Winkels zum Wohle des Sports durch die Lande

Von
Roland Kirbach

Der erste Eindruck ist sofort: ein Grandseigneur! Braun gebrannt, silbergraues Haar, Blazer mit Messingknöpfen, weißes Einstecktuch – so sitzt, nein, so repräsentiert Richard Winkels hinter dem Schreibtisch seines riesigen Holzvertäfelten Chefbüros in der Duisburger Zentrale des Landessportbundes NRW.

Die Eleganz wirkt etwas altmodisch und macht bewusst, dass Männer seines Schlages fast völlig aus dem öffentlichen Leben verschwunden sind. Doch Richard Winkels denkt einfach nicht ans Aufhören. Auch sein achtzigster Geburtstag am 21. Juli ist für ihn keineswegs Anlass, nun in den Ruhestand zu treten. Nächstes Jahr, mit 81, will er sogar erneut als Präsident des Landessportbundes kandidieren.

Dabei hatte Winkels schon 1987, als er die Nachfolge des legendären Willi Weyer antrat, ein erfülltes Politikerleben hinter sich. Seit 1961 saß er für die SPD im Landtag – mit zwei Unterbrechungen: Immer wenn seine Partei so viele Direktmandate gewann, dass die Landesliste nicht mehr zog, musste Winkels warten, bis jemand ausschied und er nachrücken konnte. Das Direktmandat in seinem Wohnort Warendorf gewann er nie.

In diesem „rabenschwarzen Gebiet“, wie er seine Heimat nennt, im Dorf Beelen im Kreis Warendorf, wurde Winkels 1920 als Sohn des Bahnhofsvorstehers geboren. Der Sport hat ihn von klein auf geprägt. In der Schule war er der beste Sportler, lief hundert Meter in damals passablen 14,6 Sekunden. Auch wenn er später nie Hochleistungssport betrieb, so hat er sich doch immer sportlich betätigt. Darin sieht er heute einen wesentlichen Grund, warum er bis ins hohe Alter fit geblieben ist. Ursprünglich wollte er Kieferchirurg werden, hatte auch schon mit dem Studium begonnen. Doch der Krieg, der ihn als Marineoffizier auf die hohe See verschlug, machte einen Strich durch diese Pläne. Nach dem Krieg fand er keinen Studienplatz mehr, so fing er als Lokalkorrespondent in Warendorf an und entdeckte sein „Engagement für öffentliche Anliegen“. Dabei hat er sich nicht auf die Rolle des journalistischen Beobachters beschränkt, sondern wurde selbst politisch aktiv. 1950 trat er der SPD bei, von 1955 bis 1975 war er ihr Kreisvorsitzender in Warendorf.

Nach 19 Jahren gab er den Journalismus auf und wechselte gewissermaßen die Seiten: von 1968 bis 1985 leitete er das Amt für Sport und Verkehr, Presse und Öffentlichkeitsarbeit in Warendorf. Derweil machte er sich einen Namen in der Landes-SPD, zahlreiche Ämter hatte er inne. So führte er zeitweilig den SPD-Unterbezirk Münster und gehörte dem Bezirksvorstand Westliches Westfalen sowie dem Landesvorstand an.

Auch im Sport übernahm er viele Aufgaben, war unter anderem Vizepräsident der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG). Bis heute gehört er dem Kuratorium der deutschen Sporthochschule Köln an und leitet die Europäische Akademie des Sports.



Im Landtag: Richard Winkels (r.) im Gespräch mit dem ehemaligen, damals für den Sport zuständigen NRW-Kultusminister Jürgen Girgensohn (l.) in den frühen 80er-Jahren. Foto: Red. Dok.

Spätestens mit seinem Einzug in den Landtag, dessen Vizepräsident er von 1980 bis 1985 war, flossen Winkels Engagement für Politik und Sport zusammen. Zehn Jahre lang leitete er den Sportausschuss und setzte sich „mit westfälischem Dickschädel“, wie Johannes Rau einmal sagte, dafür ein, den Sport „parlamentsfähig“ zu machen. Für Winkels ist Sport nicht die schönste Nebensache der Welt, sondern die Hauptsache. „Sport ist der soziale Kitt der Gesellschaft“, sagt er – Treffpunkt aller Generationen und Bevölkerungsschichten und damit Lehrstätte für solidarischen Handelns. So betrachtet er den Landessportbund – mit fast fünf Millionen Mitgliedern die größte Organisation im Lande – vor allem als soziale Bewegung. Seinen größten Erfolg erlebte Winkels, als er den Landtag schon zwei Jahre verlassen hatte: 1992 wurde der Sport als Staatsziel in der Landesverfassung verankert.

Sorge bereitet Winkels heute, dass kaum noch Jugendliche den Sportvereinen beitreten und dass der Sport unter der Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte leiden muss. Um so wichtiger sei es daher, Kontakte zur Wirtschaft und Politik zu knüpfen, sagt er. „Wir brauchen Sponsoren.“ So ist er unentwegt im Einsatz, nutzt seine alten Verbindungen zum Wohle des Sports. In Wolfgang Clement, lobt er, finde er da „eine große Hilfe“.

Wie der Vorstandsvorsitzende eines Unternehmens reist er von Montag bis Freitag durch die Lande, verfügt über Fahrer, Referent, Sekretärin. Im Duisburger Bettenturm, der Übernachtungsstätte für Sportler, hat er ein festes Zimmer. Es sei gar nicht so leicht, verteidigt er schmunzelnd die eigene Unentbehrlichkeit, einen Nachfolger zu finden für so einen aufreibenden Job, der ja nur Ehrenamt und entsprechend dürftig honoriert ist.

Jeder Abgeordnete darf Kleine Anfragen stellen

Landesregierung muss Auskunft geben

Jedes Mitglied des Landtags kann von der Landesregierung durch Kleine Anfragen Auskünfte verlangen. So steht es in der neuen Geschäftsordnung des Landesparlaments.

Der Ältestenrat hat am 14. Juni beschlossen, das in der vergangenen Wahlperiode übliche Verfahren für Kleine Anfragen auch in der 13. Wahlperiode zu übernehmen. Laut Geschäftsordnung darf sich eine Kleine Anfrage nur auf einen bestimmten Sachverhalt beziehen und nicht mehr als fünf Unterfragen enthalten. Die in dem jeweiligen Papier genannten Tatsachen und die dazu gestellten Fragen müssen „in kurzer, gedrängter Form dargestellt sein“. Die Fragen

dürfen keine unsachlichen Feststellungen und Wertungen enthalten.

Hinsichtlich der Veröffentlichung der Antworten hat der Landtag mit der Landesregierung eine Fünf-Tage-Sperrfrist vereinbart, um zu vermeiden, dass der Inhalt einer Antwort bereits in den Medien erscheint, ehe der oder die jeweilige Abgeordnete davon Kenntnis erhält.

Um die Anzahl der Kleinen Anfragen aufgrund der Erfahrungen vergangener Legislaturperioden zu begrenzen, empfiehlt der Ältestenrat bei Fragen zu örtlichen Gegebenheiten oder Vorfällen anstelle der Kleinen Anfragen Schreiben an die jeweiligen Minister zu richten (Inf. 13/0003).

Jubel beim FC Landtag Revanche geglückt

Der Jubel der Kicker des FC Landtag war groß, als der Schwarzkittel das Benefizspiel für den an Leukämie erkrankten Schüler Marco Michel gegen Radio Ne-Ws 89,4 Neuss nach 60 Minuten abpfiff.

Dem FC Landtag war mit dem knappen, aber verdienten Erfolg über die junge Mannschaft der Radiomoderatoren eine glänzende Revanche für die deprimierende 2:8-Packung aus dem Vorjahr gelungen. Spielerisch und taktisch glänzend vom umsichtigen Libero Wolfgang Euteneuer eingestellt und bis in die Haarspitzen motiviert, gab der FC Landtag von Beginn an mächtig Gas. Schon vor der Pause verzeichneten die Zuschauer eine Mehrzahl an Chancen für die Elf des Landtags. Dabei fanden die wieselflinken Werner und Thomas Meyer noch ihren Meister beim gegnerischen Zerberus zwischen den Pfosten. Da hatte Dribbelkönig Heiko Lenk noch nicht das richtige Maß gefunden und da scheiterte Jörg Valentin mit einem Kopfball an der Querlatte. Der Gegner schien angesichts eines solch forschen Auftretts des FC Landtag wie paralysiert. Kaum ein Zuspiel fand den eigenen Mitspieler, und der Unmut wurde lautstark kundgetan. Und kam tatsächlich einmal ein Gastspieler in die Nähe des Tores des FC Landtag, da stand da immer noch mit Wolfgang Hamann ein stets aufmerksamer Meister seines Fachs zwischen den Pfosten.

Kopfloses Anrennen

Die zweite Halbzeit begann, wie die erste geendet hatte. Der FC Landtag auf dem Weg nach vorn. Eine ausgefuchste Kombination über das gesamte Spielfeld fand schließlich den Weg zum freistehenden Werner Meyer. Und der ließ an seinen Torjägerqualitäten in der 48. Minute keinen Zweifel. Überlegt schlenzte der „Bomber“ das Leder am Keeper der Neusser Radiomacher vorbei in die Maschen.

Das verdiente 1 : 0 steigerte nun aber die Angriffsbemühungen von Radio Ne-Ws 89,4. Aber eher kopfloses Anrennen war die Folge. In der dichtgestaffelten Abwehr mit dem nimmermüden Jörg Krause, einem couragierten Thorsten Müller und Wolfgang Euteneuer als Fels in der Brandung verfangen sich die Angriffe wie in einem undurchdringbaren Netz. An ein Durchkommen war da nicht zu denken. Der FC Landtag setze nun ganz auf Konter. Bernhard Tenhumberg und Thomas Meyer hatten dabei schon den Torschrei auf den Lippen, aber letztendlich blieb es beim knappen, aber verdienten Erfolg der FCL-Matadoren.

Wegen der Parlamentsferien erscheint die nächste Ausgabe von „Landtag intern“ wieder am 5. September 2000.



Die erste Ausstellung in der 13. Wahlperiode, die Fotoausstellung „Faces of Scouting“ in der Trägerschaft des Diözesanverbandes Köln der Deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg, hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) am 27. Juni im Eingangsfoyer des Landtags eröffnet. Dazu begrüßte er den Botschafter der Republik Südafrika in der Bundesrepublik Deutschland, Professor Sibusiso Bengu (3. v. l.). Mit seinem Besuch werde die Bedeutung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Südafrika unterstrichen, betonte der Präsident. Die aktuelle Ausstellung dokumentiert nach seinen Worten eine fünfjährige Partnerschaft zwischen verschiedenen Pfadfindergruppen Nordrhein-Westfalens mit Pfadfindern im südafrikanischen Mpumalanga. Mit der Anregung für diese Ausstellung habe die Pfadfinderschaft Sankt Georg bei ihm offene Türen eingegrannt. „Ich halte den Kontakt unserer Jugend mit Kindern und Jugendlichen aus Reformstaaten, aus jungen Demokratien, wie es die Republik Südafrika ist, für wichtig und notwendig, um Toleranz und Nächstenliebe, Verantwortung und Solidarität immer wieder neu zu entdecken und zu praktizieren“, sagte Schmidt. Seitdem 1995 die erste Begegnung nordrhein-westfälischer Pfadfinder mit Pfadfindern aus dem südafrikanischen Mpumalanga stattgefunden habe, hätten 500 junge Menschen das jeweils andere Land besuchen können. Mit der Ausstellung „Faces of Scouting“ wollen die Pfadfinder – so der Präsident – ihre intensive Auseinandersetzung mit der Lebenswirklichkeit sowie den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedingungen in Südafrika unterstreichen. An der Eröffnung nahm auch Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE, M.) teil.

Foto: Schälte

Personalien

Franz-Josef Pangels (CDU), Landtagsabgeordneter aus Erkelenz, vollendet in der Zeit der Parlamentsferien, am 28. Juli, sein 65. Lebensjahr. Pangels wurde in Matzerath geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums erhielt er eine landwirtschaftliche Ausbildung und bekam seinen Gehilfenbrief 1954. Er besuchte anschließend landwirtschaftliche Fachschulen und wurde Landwirt und Geflügelzüchter im elterlichen Betrieb. Ab 1960 war Pangels Fachberater. Seit 1958 gehört Franz-Josef Pangels der CDU an. Er ist Kreisparteivorsitzender im CDU-Kreisverband Heinsberg. Dem Landtag gehört Franz-Josef Pangels seit 1990 an. Er war in der 12. Wahlperiode ordentliches Mitglied im Ausschuss für Grubensicherheit sowie im Verkehrsausschuss.

★
Peter Budschun (SPD), Landtagsabgeordneter, feiert am 30. Juli seinen 60. Geburtstag. Geboren 1940 in Königsberg, begann Peter Budschun 1955 mit einer Ausbildung zum Bergmann auf der Zeche General Blumenthal. 1958 wurde er Bergbauknappe und Konzernjugendsprecher der Hibernia AG. Dann wechselte er den Beruf und besuchte ab 1962 die Landespolizeischule „Carl Severing“. 1971 wurde Budschun Polizeikommissar und 1994 Erster Polizeihauptkommissar. Er leitete die Polizeiwache Nord in Castrop-Rauxel. Mitglied der SPD ist der Jubilar seit 1959. 1975 wurde er Mit-

glied des Rates der Stadt Recklinghausen. Dem Landtag gehört der verheiratete Vater zweier Kinder seit 1995 an. In der letzten Legislaturperiode war er ordentliches Mitglied im Ausschuss für Grubensicherheit, im Kommunalausschuss sowie im Sportausschuss.

★
Werner Jostmeier (CDU), Landtagsabgeordneter, vollendet am 21. August sein 50. Lebensjahr. Geboren in Dülmen, begann Jostmeier nach der Fachschulreife 1967 seine berufliche Laufbahn mit einer Lehre als Landmaschinenmechaniker und Schmied. Dann holte er 1973 das Abitur auf dem zweiten Bildungsweg nach und studierte Rechts- und Staatswissenschaft, Volkswirtschaft und Geschichte bis 1979 an der Universität Münster. Im gleichen Jahr sowie 1982 legte er die juristischen Staatsexamen ab. Bis 1987 leitete er den elterlichen Handwerksbetrieb. 1983 trat er in die Deutsche Bundespost ein. Der CDU gehört Werner Jostmeier seit 1972 an. Ab 1987 hatte er den stellvertretenden Kreisvorsitz der CDU in Coesfeld inne. Mitglied des Landtags ist der Jubilar seit 1995. Er war in der 12. Wahlperiode Sprecher seiner Fraktion im Hauptausschuss und gehörte als ordentliches Mitglied dem Ausschuss für Europa- und Einwelt-Politik an. 50 Jahre alt wird am 29. August auch der neue Abgeordnete **Norbert Rütter** (SPD). Der Arzt für Psychiatrie wurde bei der Landtagswahl am 14. Mai 2000 im Wahlkreis 15, Köln I, gewählt.

Wolfgang Clement wird 60 Jahre alt

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) begeht am 7. Juli seinen 60. Geburtstag. Clement, der heute in Bonn wohnt, stammt aus Bochum im Ruhrgebiet. Dort machte er 1960 Abitur am renommierten Graf-Engelbert-Gymnasium. Er studierte danach Rechtswissenschaften an der Universität Münster und legte 1965 das erste Staatsexamen ab. Es folgten bis 1968 Jahre als Rechtsreferendar und wissenschaftlicher Assistent am Institut für Prozessrecht der Universität Marburg. Nachdem er bereits in den Semesterferien ein Volontariat absolviert hatte, arbeitete Clement ab 1968 als politischer Redakteur bei der „Westfälischen Rundschau“ in Dortmund, wurde Ressortleiter Politik und stellvertretender Chefredakteur. Dann holte ihn Willi Brandt als Sprecher der SPD nach Bonn. Zuletzt stellvertretender Bundesgeschäftsführer der SPD, blieb er bis zum November 1986. Danach folgte die Rückkehr zum Journalismus. Wolfgang Clement wurde Chefredakteur der „Hamburger Morgenpost“. 1989 ebnete ihm der damalige NRW-Ministerpräsident Johannes Rau den Weg zurück in die Politik, indem er ihn in Düsseldorf zum Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei machte. 1990 wurde Clement Minister für besondere Aufgaben. Von 1995 bis 1998 hatte er das Amt des Ministers für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr inne. Seit dem 27. Mai 1998 ist Wolfgang Clement Ministerpräsident des bevölkerungsreichsten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen. Die SPD weist ihn seit 1970 als Mitglied aus. Seit 1994 ist er Mitglied des Landesvorstandes, seit 1996 stellvertretender Landesvorsitzender und seit 1995 Mitglied des Bundesvorstandes. Dem Landtag gehört er seit Oktober 1993 an. Der Katholik Clement ist verheiratet und hat fünf Töchter.

(Da bis zum September keine Ausgabe von „Landtag intern“ mehr erscheint, erfolgt der Hinweis auf den runden Geburtstag des Regierungschefs bereits hier.)

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD),
Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt
MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Marianne Thomann-Stahl (FDP), Parlamentarische
Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL
(GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Notker
Becker (CDU), Pressesprecher; Michael Block
(FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher
(GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag,
Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154

Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Es ist eine Woche im Juni. Die Temperaturen sind hochsommerlich. Die Glastür in Jürgen Rüttgers' Landtagsbüro steht offen. Die halbrunde Terrasse über dem Rhein lädt zum Draußen-Sitzen. Der Strom fließt breit und ruhig, die Wiesen sind grün, der Himmel wölbt sich blau, und wenn man nach links schaut, renommiert die schicke Landeshauptstadt mit hohem Turm, modischem Hafengebiet und extravaganter Stadttor. Was das Äußerliche angeht, hat Jürgen Rüttgers einen fabelhaften Arbeitsplatz.

Man fragt sich sofort, ob er wohl auch rundum zufrieden ist mit seinem neuen politischen Leben, das er nicht so, sondern anders hatte starten wollen. Ende Juni wird der CDU-Partei- und Fraktionschef 49 Jahre alt sein. Wäre es am 14. Mai nach seinem Plan gegangen, säße er jetzt als Ministerpräsident im Stadttor, könnte er herabschauen auf das Parlament. Rüttgers weiß von der vergleichsweise hohen Meinung, die seine Landsleute von Regierenden haben. Regieren zu dürfen, das krönt hierzulande eine Politikerexistenz, Abgeordneter zu sein, gilt, anders als in England, als weniger schmückend. Und noch dazu Opposition machen zu müssen! Man hat berufsmäßig Kritik zu üben, macht mehr oder minder kluge Alternativvorschläge, muss so tun, als sei man jederzeit in der Lage, das begehrte Ruder des Handelns zum Nutzen und Frommen des Landes zu ergreifen. Die Oppositionsrolle muss für Jürgen Rüttgers noch gewöhnungsbedürftiger sein als der gewollte Umstieg von der Bundes- in die Landespolitik. Immerhin hat der schlanke Mann aus dem Rheinischen bereits vier Jahre regiert, war zwischen 1994 und 1998 Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie. „Zukunftsminister“ haben ihn ziemlich gewogene Bonner Presseleute getauft. Er hat es nicht ungern gehört, wohl ahnend, dass an solch feine Nebentitel hohe Erwartungen geknüpft werden. Rüttgers stand zuvor bereits im Ruf eines mit vielen Wassern gewaschenen Homo politicus. Kohl und Schäuble hätten es gern gesehen, wenn er 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion geblieben wäre. Aber der junge Aufsteiger wollte weiter kommen und beweisen, dass er ein bedeutendes Ministerium zu führen im Stande ist. Rüttgers war kein herausragendes Mitglied am Kabinetttisch von Helmut Kohl, zu den Gescheitesten und Tüchtigsten zählte er bestimmt.

Der vertrackte Landtagswahlkampf der CDU NRW war es, der sein Bild plötzlich verdunkelte, auch verzerrte. Jürgen Rüttgers ließ den Flächenbrand lodern, den der misslungene, nicht von ihm stammende „Kinder-statt-Inde“-Spruch auch und gerade im bürgerlichen Wählerlager auslöste. Rüttgers verursachte noch andere Irritationen, er machte sich unbeliebt, woraufhin seine Partei wie eh und je an Landtags-Wahlabenden einen Nasenstüber erhielt. Es war zwar Frühling, aber schon wieder fielen in der Düsseldorfer Wasserstraße die Blätter. Hämte stellte sich von selbst ein. Rüttgers sagt, er nehme Rückschläge gelassen hin. Gegen Boshaftigkeiten und Schadenfreude hat er sich eine Lederhaut zugelegt. Er weiß, was landespolitisch auf ihn zukommt, kennt die Ränkeschmiede und Pappenheimer, die ihn zu gerne vor der Zeit straukeln sähen.

Der Volljurist und ehemalige Beigeordnete von Pulheim verschrieb sich früh der Politik. Der Vater, der ein Elektrogeschäft betrieb, hat in Pulheim einmal für die FDP kandidiert. Jürgen Rüttgers, als junger Bursche Pfadfinder, ärgerte sich darüber, dass die örtliche CDU zu wenig



Dr. Jürgen Rüttgers (CDU)

für die Jugend tat. Also sorgten er und Gleichgesinnte durch Eintritt in die Junge Union Brauweiler dafür, dass mehr Leben in die Parteibude in Köln-Land kam. Schritt um Schritt kletterte Rüttgers auf der politischen Leiter aufwärts. Seinem Naturell entsprechend, hat er auch aus seinen kontemplativen Phasen etwas gemacht: beispielsweise kluge Gedanken über das üppig wuchernde Parteienwesen zu Papier gebracht oder Nachdenkenswertes über die „Wissensgesellschaft“ geschrieben. Wahrscheinlich beurteilt den ersten Herausforderer der Regierung Clement/Höhn gerecht, wer zu dem Schluss kommt: Rüttgers war nie der Höhenflieger auf Adlerschwingen, als den ihn eine fix den Daumen aufrichtende beziehungsweise senkende Beobachterschar eine Zeit lang karikierte. Aber er ist auch nicht der politische Geisterfahrer, für den ihn nun manche nach der misslungenen Kampagne halten. Mehrfach benutzt er beim Terrassengespräch Mitte Juni das Bild vom Tunnel, in dem er sich immer noch befinde. Noch sieht er nicht klar, ob am Ende das berühmte Licht leuchtet, ob es für ihn ein politisch erfolgreiches Leben nach der Niederlage geben wird. Rüttgers erweckt den Eindruck, dass er stetig, zäh und ideenreich zu arbeiten und zu führen gedenkt. Wenn ihn denn die vergangenen Monate, vor allem der Liebesentzug durch ehemals Wohlmeinende irritiert hat: er lässt es sich nicht anmerken. Er stellt stattdessen die Signale auf volle Fahrt voraus.

Zur Muße greift der dreifache Familienvater zu Büchern, Krimis, Historischem, eigentlich zu allem, was es wert ist, gelesen zu werden. Das Pfeiferauchen hat er sich auf ärztlichen Rat hin abgewöhnt. Eine Sportskanone ist er nicht: Ein wenig Radfahren, im Sommer schwimmen, das ist alles. Richtig gut gehen lassen es sich Jürgen und Angelika Rüttgers mitsamt ihrer Kinder beim regelmäßigen Sommerurlaub in Südfrankreich. Und dass er nach Monaten der Abwesenheit am Freitag vor Pfingsten wieder einmal mit seinen alten Freunden vom Stammtisch ganz ungezwungen zusammen sein konnte, treibt ihm noch Tage danach die Freuden der Erinnerung ins Gesicht.

Reinhold Michels

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

Zur Person**Geburtstagsliste**

Vom 5. Juli bis 3. September 2000

- 5.7. **Bernhard von Grünberg** (SPD), 55 J.
 7.7. **Wolfgang Clement** (SPD), 60 J.
 7.7. **Dr. Ruth Katharina Seidl** (GRÜNE),
 47 J.
 12.7. **Angela Freimuth** (FDP), 34 J.
 13.7. **Ilse Brusis** (SPD), 63 J.
 15.7. **Jürgen-Wilhelm Möllemann** (FDP),
 55 J.
 18.7. **Dr. Hans-Joachim Franke** (CDU) 61 J.
 20.7. **Donata Reinecke** (SPD), 56 J.
 22.7. **Helmut Stahl** (CDU), 53 J.
 22.7. **Dr. Axel Horstmann** (SPD), 46 J.
 23.7. **Marlies Stotz** (SPD), 41 J.
 24.7. **Dr. Renate Düttmann-Braun** (CDU),
 56 J.
 25.7. **Michael Scheffler** (SPD), 46 J.
 27.7. **Klaus Strehl** (SPD), 57 J.
 28.7. **Franz-Josef Pangels** (CDU), 65 J.
 29.7. **Wolfgang Kölker** (CDU), 41 J.
 30.7. **Peter Budschun** (SPD), 60 J.
 31.7. **Lothar Niggeloh** (SPD), 61 J.

- 1.8. **Ellen Werthmann** (SPD), 63 J.
 4.8. **Hannelore Brüning** (CDU), 58 J.
 5.8. **Thomas Markus Kufen** (CDU), 27 J.
 7.8. **Vera Dedanwala** (SPD), 57 J.
 9.8. **Rüdiger Sagel** (GRÜNE), 45 J.
 10.8. **Irmgard Mierbach** (SPD), 58 J.
 11.8. **Gerhard Wächter** (CDU), 54 J.
 13.8. **Dietrich Kessel** (SPD), 59 J.
 14.8. **Dr. Stefan Matthias Grüll** (FDP), 39 J.
 20.8. **Wolfgang Drese** (SPD), 57 J.
 20.8. **Axel Dirx** (SPD), 54 J.
 21.8. **Ilka Keller** (CDU), 56 J.
 21.8. **Werner Jostmeier** (CDU), 50 J.
 23.8. **Dr. Annemarie Schraps** (CDU), 64 J.
 28.8. **Edgar Moron** (SPD), 59 J.
 29.8. **Richard Blömer** (CDU), 56 J.
 29.8. **Felix Becker** (FDP), 51 J.
 29.8. **Norbert Rütther** (SPD), 50 J.
 29.8. **Ursula Doppmeier** (CDU), 48 J.
 31.8. **Herbert Reul** (CDU), 48 J.

- 2.9. **Wilhelm Lieven** (CDU), 66 J.
 3.9. **Karin Jung** (SPD), 58 J.

★

Anke Brunn (SPD), Landtagsabgeordnete und ehemalige nordrhein-westfälische Ministerin für Wissenschaft und Forschung, 1981 auch einige Monate Senatorin für Jugend, Familie und Sport in Berlin, ist von der Kölner SPD mit großer Mehrheit als Kandidatin für das Amt des Oberbürgermeisters nominiert worden. Als Kandidat für die Nachfolge des verstorbenen Oberbürgermeisters Harry Blum (CDU) hatte die SPD zuerst den Kölner Regierungspräsidenten Jürgen Roters gewinnen wollen, der aber aus familiären Gründen absagte. Die Bürgerinnen und Bürger der Domstadt sind am 3. September aufgerufen, ihren Oberbürgermeister bzw. ihre Oberbürgermeisterin zu wählen.

★

Fritz Kollorz (CDU), Landtagsabgeordneter, wurde als Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU-Landtagsfraktion wiedergewählt. Die Wiederwahl erfolgte einstimmig. Wie in den vergangenen fünf Jahren stehen ihm als Stellvertreter die Landtagsabgeordneten **Angelika Gemkow**, **Klaus Stallmann** und **Willi Zylajew** zur Seite. Auch ihre Wahl erfolgte einstimmig.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

**Umnutzung hat ökologische Vorteile**

Kasernen wurden geschlossen, Fabriken stehen leer, zahlreiche Gebäude in Nordrhein-Westfalen haben ihre ursprüngliche Funktion verloren. Viele dieser ungenutzten Gebäude besitzen eine hohe Standortqualität. Sie sind in Stadtzentren oder Stadtteilzentren integriert oder befinden sich zumindest in ihrer Nähe. Öffentliche und private Versorgungseinrichtungen sind gut erreichbar, in den meisten Fällen zu Fuß. Aber auch die Verkehrliche Anbindung lässt nichts zu wünschen übrig. Hinzu kommen Angebote an Spiel- und Freiflächen für die Kinder. All das liefert beste Voraussetzungen für eine Wohnnutzung. Die Umnutzung alter Bausubstanz zu Wohnzwecken im bestehenden Siedlungsgefüge kommt besonders der Aufwertung und Wiederbelebung der Innenstädte und Nebenzentren zugute. Das nordrhein-westfälische Bauministerium weist in einer Broschüre „Neue Wohnungen in alten Gebäuden“ auch auf den ökologischen Gewinn hin. So hat die Umnutzung vorhandener Gebäude erhebliche ökologische Vorteile gegenüber einem vergleichbaren Neubau. Sie trägt dazu bei, die Ausdehnung der Siedlungsfläche auf Kosten der Landschaft in Grenzen zu halten. Ein Anwachsen des Autoverkehrs wird vermieden. Jedes Gebäude, das langfristig erhalten werden kann, bedeutet weniger Eingriffe in die Natur, da keine zusätzliche Fläche versiegelt werden muss. Das Land Nordrhein-Westfalen hat im Rahmen seiner Bestandsförderpolitik im Jahre 1999 Fördermittel für 1 700 Wohnungen zur Verfügung gestellt. Das Bild zeigt ein Beispiel der Ausbau- und Erweiterungsförderung, die Volksschule in Schwelm. Der Backsteinbau an der Pothhoffstraße stammt aus den Jahren 1898/99. 1990 hat die Schwelmer & Soziale Wohnungsgenossenschaft das Gebäude übernommen. In drei Vollgeschossen sowie unter dem Dach entstanden Zwei- bis Fünfzimmer-Wohnungen und unter dem ehemaligen Schulhof eine Tiefgarage. Ein stadtgeschichtlich bedeutendes und im Bewusstsein der Bevölkerung fest verankertes Bauwerk konnte erhalten werden.

Aachener Klinikum wird zum Denkmal

Das Aachener Klinikum soll unter Denkmalschutz gestellt werden. Das Krankenhaus, das zu den größten medizinischen Einrichtungen Europas zählt, sei eines der eindrucksvollsten Zeugnisse des Hightech-Baustils, urteilte der Kölner Regierungspräsident Jürgen Roters. Zu den cha-

rakteristischen Merkmalen gehören das dominierende Hauptgebäude der medizinischen Fakultät und die insgesamt 24 Türme mit Fahrstühlen, Treppenhäusern und Versorgungsleitungen. Das Klinikum wurde von 1971 bis 1985 für 2,3 Milliarden Mark gebaut.